

Protokoll 30. bundesweites Treffen am 20. Juni 09 in Leipzig

Anwesend waren MitstreiterInnen aus Aschersleben, Berlin, Braunschweig, Dresden, Finsterwalde, Fürstenwalde, Gera, Göttingen, Halle (Saale), Hannover, Leipzig, Nordhausen, Potsdam und Wittenberg.

Vorgeschlagene Tagesordnung:

- I. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Vorstellungsrunde)
- II. Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz (Verständigung über die nächsten Schritte)
- III. Bewertung des 28. März und des 16. Mai und der Beteiligung der Sozialproteste
- IV. Absprachen für die Aktionskonferenz am 27./28. Juni in Kassel
- V. Weitere Themen

I. Formalia

Moderation übernahmen Pia Witte aus Leipzig und Harald Flötling aus Nordhausen.

Das Protokoll schrieb Edgar Schu aus Göttingen.

Es gab Ergänzungen zur Tagesordnung: Es wurde der Wunsch geäußert, dass das ABSP darüber berate, ob der Aufruf des Bündnis 31. Januar "Sie kriegen den Karren nicht flott..." durch das ABSP unterstützt werden soll. Dieses Thema sollte unter Punkt V. zur Sprache kommen. Ebenso hat ein Mitstreiter aus Leipzig angeboten, über die Vorbereitungen für einen Aktionstag am 25.6. eines breiten Leipziger Bündnis zu berichten.

II. Kampagne für 500 Euro Eckregelsatz

Der Vorschlag für eine Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz und 10 Euro lohnsteuerfreier Mindestlohn wurde ausführlich diskutiert.

Die verschiedenen Details, die in diesem Zusammenhang diskutiert wurden, sind im folgenden in der Reihenfolge genannt, wie sie für viele Anwesende eine mehr oder weniger zentrale Rolle spielten.

Es gab a) inhaltliche Anregungen, und es gab b) Anregungen, die bezwecken sollten, dass der Text besser verständlich sei bzw. besser bei den Leuten auf der Straße ankomme.

Zu a)

Repressionsfreiheit: Da die Hartz-IV-Praxis wesentlich durch Repression charakterisiert ist und der Regelsatz mit enorm großer Häufigkeit um große Beträge gekürzt oder auch gänzlich versagt wird, wurde von vielen Anwesenden gefordert, dass in der Bündnisplattform "500 Euro Eckregelsatz repressionsfrei" gefordert werden sollten.

Eine Gegenargumentation, die sagte, dass "repressionsfrei" so, wie es auch schon im Entwurf nicht enthalten war, nicht formuliert werden solle, wies darauf hin, dass alle anderen Details in dem Aufruf hieb- und stichfest formuliert seien. "Repressionsfrei" ließe sich nicht mit wenigen Worten formulieren, sondern sei ein eigenes, vielschichtiges Thema, mit welchem sich ein spezieller Aufruf auseinandersetzen sollte.

Abstimmung:

- "repressionsfrei als Formulierung in der Bündnisplattform für 500 Euro Eckregelsatz":

Überwältigende Mehrheit bei nur 3 Gegenstimmen für eine Formulierung "repressionsfrei"
Auf Rückfrage nach dieser Abstimmung hin, ob das ABSP die Plattform nicht unterstützen solle, wenn der entgeltlich formulierte Aufruf das Wort "repressionsfrei" nicht enthalte, weil dieses Anliegen im Kampagnenrat nicht durchsetzbar werden könne, war es Konsens unter den Anwesenden, dass das ABSP in einem solchen Fall trotzdem unterstützen solle.

30-Stunden-Woche: Alle waren sich der Wichtigkeit von Arbeitszeitverkürzung bewusst. Allerdings wurde dem Kampagnenrat das Vertrauen ausgesprochen, dass er nach bestem Wissen und Gewissen entscheiden solle. Wenn der Kampagnenrat der Meinung sei, dass eine integrierte Forderung nach 30-Stunden-Woche den Aufruf weniger kampagnenfähig mache, weil die

Fokussierung auf die zentralen Forderungen zur Durchsetzung verloren ginge, sei es ok, wenn diese Forderung wegfalle. Aber es würde begrüßt, wenn sie hineinkäme.

zu b) Anregungen zu Formulierungen an verschiedenen Stellen:

- an geeigneter Stelle könnten die gemeinsamen Interessen von Erwerbslosen und Erwerbstätigen vielleicht deutlich gemacht werden, indem man von "Lohnabhängigen - egal, ob in Beschäftigung oder erwerbslos" spräche.

- man sollte eine "positive" Formulierung wählen, nicht "Wer für Kürzungen bei Hartz IV eintritt, usw. ...", sondern "Wer sich (wie wir) für 500,- € Eckregelsatz einsetzt, schafft damit die Voraussetzungen für Lohnstabilität und Lohnerhöhung." (oder ähnlich) . Es geht hierbei darum, dass mit einer veränderten Perspektive die Menschen emotional vielleicht besser erreicht werden und es bei ihnen "Klick!" machen könnte.

- die Formulierung "Für Alleinstehende mindestens 500 Euro Regelsatz!" könnte als Forderung lediglich für Alleinstehende verstanden werden, was auch noch teilweise als "Alleinerziehende" missverstanden wurde. Jedenfalls resultiere aus dieser Formulierung nicht das Verständnis, dass es um den Eckregelsatz geht, der Dreh- und Angelpunkt für die Sozialpolitik, für die Grundsicherung im Alter und weitere wichtige Beträge ist. Resultierender Formulierungsvorschlag für die untere Zeile nach längerer Diskussion:

Korrekte Formulierung, die keine Missverständnisse provoziert, ist "500 Euro Eckregelsatz".

III. Bewertung des 28. März und des 16. Mai und der Beteiligung der Sozialproteste

Zum 28. März: Angesichts der Angriffe der Polizei auf die Demonstration "Wir zahlen NICHT für eure Krise!" in Berlin gibt es die Einschätzung, dass Angriffe der Polizei auf Demonstrationen und Widerstandsaktionen in Zukunft zunehmen könnten.

Die Demonstrationen am 28. März in Frankfurt/M und Berlin mit insgesamt 55.000 Menschen werden als Achtungserfolg der linkeren, kapitalismuskritischen Kräfte gesehen. Es wurde allerdings auch deutlich, dass sehr viele Menschen den Protesten fern blieben. Wahrscheinlich weil immer noch große Teile hoffen, dass die Krise schnell vorbei ginge und sie hoffentlich nicht treffen werde.

Zum 16. Mai in Berlin: Die Einschätzung, dass sich immer noch sehr wenige Menschen an den Protesten beteiligten, trifft auch auf diese Demonstration unter Federführung des DGB zu. Allerdings kam hier noch dazu, dass die DGB-Gewerkschaften zum 16. Mai nicht sehr intensiv mobilisiert hatten, einerseits, und dass die demonstrativen, einseitigen Annäherungen an die SPD, andererseits, demobilisierend gewirkt haben können.

Außerdem ist einhellige Meinung der Anwesenden beim Treffen in Leipzig, dass es nicht noch einmal zugelassen werden sollte, dass durch den Auftritt von Müntefering, Künast, Trittin und weiteren prominenten VertreterInnen dieser Parteien die Demonstration medial als Veranstaltung von Rot-Grün präsentiert werden kann. Man sollte beim nächsten Mal der Demonstrationsleitung nicht zu großes Vertrauen entgegenbringen, sondern selbst ein Auge auf die Abläufe werfen und auch zur Intervention bereit sein.

IV. Absprachen für die Aktionskonferenz am 27./28. Juni in Kassel

Viele Texte unterschiedlicher Gruppen und Organisationen wurden mit Hinblick auf die Aktionskonferenz in Kassel, ausgerichtet vom bundesweiten Bündnis "Wir zahlen nicht für eure Krise!", verbreitet. Im Vorfeld des bundesweiten Treffens in Leipzig wurden viele von diesen Texten auf der Homepage des ABSP bereit gestellt (http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/krise_und_umgang#konferenz_ks_09), und es wurde per bundesweite Rundmail darauf aufmerksam gemacht.

Es konnte nun natürlich nicht im Detail über jeden Text gesprochen werden. Der Schulterchluss mit den Erwerbstätigen, wie ihn z.B. die SAV in ihrem Papier formuliert, und auch die offen gestellte Systemfrage sind aber wichtige Positionen für das ABSP.

Der Vorschlag eines dezentralen Aktionstages am 17. September wurde nicht vorbehaltlos begrüßt, sondern eine Ausrichtung, die die Bewegung nicht zu einem Anhängsel der Partei Die Linke macht,

war vielen Anwesenden wichtig. So traf z.B. eine Überschrift für einen Aufruf "Wir haben schon gewählt: Protest auf der Straße ist unsere 1. Wahl!" auf allgemeine Zustimmung. Ein entsprechender Aufruf könnte evtl. gemeinsam mit Leuten aus der Kampagne Zahltag entwickelt werden.

Abstimmung über einen bundesweiten, dezentralen Aktionstag am 17. September:

Stimmen dafür: 15

dagegen: 4

Enthaltungen: 4

Abschließend war es den Anwesenden wichtig, dass es MitstreiterInnen des ABSP gibt, die mit Sicherheit schon sagen konnten, dass sie an der Aktionskonferenz teilnehmen werden. Roland Klautke teilte mit, dass er bestimmt dabei sein werde, aber mit Moderationsaufgaben betraut sei. Edgar Schu teilte mit, dass er bestimmt dabei sein werde und die diskutierten Positionen des ABSP dort vertreten wolle.

V. Weitere Themen

Es wurde vorgeschlagen, dass das ABSP den Aufruf des Bündnis 31. Januar "Sie kriegen den Karren nicht flott..." unterstützen solle. Der Aufruf, der im Internet unter http://www.die-soziale-bewegung.de/2008/krise_und_umgang#konferenz_ks_09 zu finden ist, lag beim Treffen in mehrfacher Ausfertigung ausgedruckt vor.

Es wurde besonders darauf hingewiesen, dass der letzte Absatz gewöhnungsbedürftig sei, aber vielleicht auch einen richtigen und notwendigen Gedankengang provoziere: "All diese Forderungen sind keine Schritte zu einer solidarischen Gesellschaft. Das Kapital ist unfähig zur Solidarität mit den arbeitenden Menschen.".

Es wurde angemahnt, dass die Formulierung zur Körperschaftssteuer noch einmal sachlich überprüft werden solle.

Außerdem wurde die Frage aufgeworfen, ob es legitim sei, unter so vielen vorliegenden Texten ausgerechnet diesen zu unterzeichnen, während die anderen nicht zur Unterzeichnung vorgelegt wurden. Dazu wurde erwidert, dass der Aufruf des Bündnis 31. Januar wohl der einzige unter den auf der oben genannten Internetadresse vorgelegten sei, für welchen die jeweiligen InitiatorInnen weitere UnterstützerInnen sammeln wollten.

Abstimmung:

16 Stimmen für Unterzeichnung des Aufrufes des Bündnisses 31. Januar

keine Gegenstimmen

5 Enthaltungen

Aktionstag eines breiten Leipziger Bündnisses am Do, 25. Juni in Leipzig:

Einer der Organisatoren berichtet, dass sich dieses Bündnis seit vielen Wochen zusammen gefunden hat. Über ein breites Spektrum unterschiedlicher sozialer Bewegungen, Gewerkschaften und weiterer Akteure hin hat man gemeinsame Positionen entwickelt und zu diesem Aktionstag aufgerufen. Ein Mitschnitt der Rede-Beiträge und Kultureinlagen findet sich hier: http://www.nojobfm.de/2009-06-25_leipzig/inhalt_details.htm

Termin und Ort für nächstes bundesweites Treffen:

Das nächste bundesweite Treffen des ABSP soll am 15. August 09 in Hannover oder Göttingen stattfinden. Zunächst wollen die MitstreiterInnen in Hannover schauen, ob das Treffen dort stattfinden kann.

Protokoll-Notiz: Rainer Wahls aus Berlin, der in Leipzig nicht persönlich anwesend sein konnte, möchte leider nicht mehr Mitglied des Kokreises bleiben und hat gegenüber den anderen Kokreis-Mitgliedern seinen Austritt aus dem Kokreis erklärt. Der Kokreis bedauert dies sehr und hätte gerne mit Rainer, der in den letzten Jahren viel Arbeit und Ideenreichtum in das ABSP und seinen Kokreis gesteckt hat, weiter gearbeitet.

Rainer ist nach wie vor in Berlin für die Sozialproteste sehr aktiv.

Abschließende Anmerkung:

Für die Möglichkeit, den Angereisten die Fahrtkosten zu einem großen Anteil zu erstatten, gebührt der Dank der Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt.